

Gespräch in Allentsteig! Nicht immer zielführend!

Beginnt jemand in Allentsteig ein Gespräch über mögliche und notwendige Arbeitsplätze zu führen und bringt Vorschläge oder Vergleiche mit ähnlichen Orten ein, so ist die Diskussion bald beendet.

Es kommt immer wieder gleich die monotone Meinung, die eine absolut entwicklungs-desinteressierte Haltung verrät, „da kann man nichts machen, in Allentsteig geht nichts, wenn du es besser kannst, dann mach's“. Das „Machen“ kann aber in Allentsteig bei größeren Vorhaben nur von der Gemeinde ausgehen, die politischen Einfluß, Geld und Macht hat!“ Dafür bekommt die Gemeinde auch ihre zu Geldzuweisungen über das Land, das Geld selbst stammt von den Steuerzahlern!

Ein gutes positives Beispiel zeigt sich in der Aktion von Erika Schrunner, die mit ihrem Mann, der Engländer ist, vor etwa einem Jahr frisch zugezogen ist und in Allentsteig beitragen will, die wirtschaftlichen Zustände zu verbessern und sie hat auch schon einen Verein „Handel und Grätzl“ zur neuen Ortsbildgestaltung und Belebung der leeren Geschäfte in der Stadt gegründet und will nun die Verkehrssituation in Allentsteig verändern und z.B. den Schwerfahrzeugverkehr von der Stadt wegbringen.

Wieder ein Vorbild dafür, dass man mit Initiativen auch in Allentsteig etwas ausrichten kann, wenn man mutig und interessiert ist, es lässt sich schon **auch in Allentsteig etwas machen**, auch in der **Jugendarbeitsfrage**, wenn die „richtigen Leute“ am Werk sind und ein Stück „Zukunft in die Hand nehmen“ und nicht nur „Verwalten“ sondern auch „Gestalten“ wollen und mutig genug sind, nicht immer auf „ewige Gestrige“, sondern auf Bewohner mit Zukunftsfreude zu hören! Und es gibt sie!

Konkrete Forderung allentsteigaktiven Kräfte an die Gemeinde, nach neuen pluralen Arbeitsplätzen für die JUGEND zu sorgen, wird immer notwendiger, die Stadt wird zwar durch die Arbeit von StR Franz Edinger immer schöner, freundlicher, aber die Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur bleibt beim Alten!!!! Da fehlt es derzeit an Ideen, Initiativen und Umsetzungskraft, das wäre Aufgabe der politischen Kräfte in Allentsteig. Das Ziel müsste sein, dass nicht nur für Wohnsiedlungen entstehen, sondern auch gleichzeitig neue Arbeitsplätze für Zuwanderer, die Jugend Allentsteigs und Zweitwohner. Der Beweis, dass es anders läuft, sind die letzten Jahre der Gemeinderegierung, wo vieles in der Stadt zwar schön gestaltet und verbessert, erhalten wurde, aber es fehlten die Ansätze für einen **pluralen Arbeitsmarkt** oder **neue Einrichtungen**, „weil es nicht geht“, argumentieren die Funktionäre und viele Menschen

aus der Bevölkerung schließen sich der gleichen Meinung an, oftmals aus politischer Solidarität und sie reden damit manchmal sogar **gegen die eigenen Interessen ihrer Jugend**, die in Allentsteig Arbeitsplätze suchen würde, mehr Arbeitsplätze für die Jugend mit Gemeindemittel aufzubauen, das wäre ein schönes Ziel und initiativen Vorbildern (Knödelmanufaktur, Ersatzprojekt a.ö. Krankenhaus, Sanierung Stadtsee u.a.m.) zu folgen und nicht einfach sagen „ das sind Utopien, die gehen nicht!“

Und Frau Erika Schrinners Beispiel wirkt schon, jahrelang hat die Gemeinde Allentsteig dem Schwerverkehr tatenlos zugeschaut und plötzlich hat Erika Schrinner sogar die „Verkehrs-mächtigen in der Gemeinde“ aktiviert, in Bewegung gebracht und schon am 20.April setzt sich der Gemeinderat mit dem Thema auseinander, weil es einen Antrag von Frau Erika Schrinner für ein Durchfahrtsverbot für LKws über 7,5 Tonnen gibt. Das ist doch eine gute Initiative und auch EX Bgm. Manfred Zipfinger hat im Wahlfolder 2018 die Bewohner aufgefordert, sich mit Anliegen an ihn zu wenden, er werde immer ein „Offenes Ohr“ für die BürgerInnen haben!

Daher wird er das Anliegen sicher unterstützen! Sonst bleibt es ein latentes Wahlversprechen! Das will Ex Zipfinger in Richtung Bgm.Wahl 2020 sicher nicht !

UND schon kontert die Gemeinde mit einer Strassensanierung durch Allentsteig, wo dann ohnehin die Schwerfahrzeuge monatelang nicht durch die Stadt fahren können, sozusagen blockiert werden, **anstatt dass vom Bürgermeister gleich mutig ein Durchfahrverbot für LKW über 7,5 Tonnen verordnet wird**, die Stadtbewohner müssen dann wieder monatelang mit den Behinderungen der Strassensanierung in der Stadt leben und es könnten die Steuergelder für andere Strassen in den Orten verwendet werden, die vielleicht eine größere Dringlichkeit aufweisen.

Da gehört gleich eine nachhaltige Dauerlösung her, nicht wieder herumtaktiert, auf Kosten der Bevölkerung! Vielleicht klappt's diesmal!

Wie werden sich sonst die Gemeindeverantwortlichen nach einer monatelangen Strassen-sanierung wieder aus dem Problem herauswinden, da es ja mit einer Strassensanierung alleine nicht abgetan ist, wie wird ein Gemeinderat sonst am Problem „vorbeiregieren?“

Aber vielleicht kann EX Bgm. Zipfinger, der nun in den Gemeinderat zurückgekehrt ist, mit einer guten Idee aushelfen?